



SOCIÉTÉ DE GARES FRIGORIFIQUES ET PORTS FRANCS DE GENÈVE SA

Bericht des Verwaltungsrates der Société de Gares
Frigorifiques et Ports Francs de Genève SA («SGF SA»)

über das Gesuch der

Stef-TFE SA, Paris

(gemäss Art. 29 BEHG, sinngemäss)

Der Verwaltungsrat der SGF SA nimmt wie folgt Stellung zum Gesuch vom 23. Juli 2004 der Stef-TFE SA in Paris betreffend der Befreiung von der Pflicht zur Unterbreitung eines öffentlichen Kaufangebotes auf alle börsenkotierten Aktien der SGF SA.

I. STELLUNGNAHME

Mit Zirkularbeschluss vom 6. August 2004 hat der Verwaltungsrat der SGF SA einstimmig – wobei festgehalten wird, dass die Herren Bruno Duquenne und Christian Guilbert bei der Entscheidungsfindung dieses Geschäftes in den Ausstand getreten sind – beschlossen, dem Antrag der Stef-TFE SA betreffend der Befreiung von der Pflicht zur Unterbreitung eines öffentlichen Kaufangebotes zuzustimmen.

Am 6. Februar 2002 hat die Generalversammlung der Aktionäre der SGF SA einstimmig die Einführung einer statutarischen Opting-out-Klausel beschlossen (Artikel 12 bis der Gesellschaftsstatuten). Diese Massnahme hatte zum Ziel, die Übernahme der bis anhin von den SBB gehaltenen SGF-Beteiligung durch andere Aktionäre, die bezüglich der nachhaltigen Entwicklung der SGF SA konvergierende Interessen haben, zu erleichtern. Ein weiteres Ziel der Massnahme war es, die Aktionärsstruktur der SGF SA, die diese seit ihrer Gründung hat, zu bewahren. Wir wollten dadurch auch vermeiden, dass die SGF SA durch die Pflicht zur Unterbreitung eines Angebotes ihre mehr als fünfundsiebzigjährige Unabhängigkeit verlieren würde.

Angesichts der Rechtslage, wie sie per Anfang 2002 bestand, sowie die in der im Juni 2004 aufgehobenen Mitteilung Nr. 2 der UEK geschilderten Voraussetzungen, waren wir der Überzeugung, dass die Opting-out-Klausel im guten Glauben als gültig betrachtet werden konnte, insofern sie nicht Gegenstand einer Anfechtung vor dem Richter war.

Am 12. Dezember 2003 hat Stef-TFE SA von einer Pensionskasse 485 Aktien SGF übernommen und ihre Beteiligung von 33,06% auf 34,70% der Stimmrechte in der Gesellschaft erhöht. Damit hat sie der Grenzwert von 33% der Stimmrechte, die im Prinzip die Pflicht zur Unterbreitung eines Angebotes auslöst, überschritten.

Mit Empfehlung vom 7. Juli 2004 hat die UEK betrachtet, dass die Opting-out-Klausel gegenüber Stef-TFE SA unzulässig war. Die UEK hat jedoch Stef-TFE SA die Möglichkeit vorbehalten, einen Antrag auf Befreiung von der Pflicht zur Unterbreitung eines Angebotes zu stellen, insofern die Frage über die Pflicht zur Unterbreitung eines Angebotes, zum Zeitpunkt der Überschreitung des Grenzwertes am 12. Dezember 2003 nicht entschieden war.

Unser Verwaltungsrat stimmt dem von Stef-TFE SA vorgebrachten Antrag auf Ausnahme zu und empfiehlt der UEK, den vorgenannten Antrag aus folgenden Gründen zu genehmigen:

- Im Hinblick auf die obgenannten Tatsachen erachten wir, dass Stef-TFE SA die Schwelle von 33% der Stimmrechte am 12. Dezember 2003 überschritten hat, weshalb sie die Opting-out-Klausel in gutem Glauben geltend machen konnte.
- Stef-TFE SA hat ihre Beteiligung an der SGF SA unverzüglich unter die Schwelle von 33% der Stimmrechte gesenkt, nachdem die UEK Stef-TFE SA über ihre Empfehlung in Kenntnis gesetzt hatte, worin diese festhielt, dass die Opting-out-Klausel ihrer Meinung nach nicht zulässig war.
- Unseren Informationen zufolge können wir bestätigen, dass (i) die Transaktion, die zur Überschreitung des Grenzwertes am 12. Dezember 2003 geführt hat, durch den Willen eines Minderheitsaktionärs seine Aktien zu verkaufen, ausgelöst wurde; (ii) alle Inhaberaktien SGF, die Stef-TFE SA besitzt, zusätzlich der nicht kotierten Namenaktien SGF, wurden jedes Mal von Aktionären zurückgenommen, die sie verkaufen wollten; (iii) Stef-TFE SA hat nie kotierte Inhaberaktien über die Börse erworben. Aus diesem Grund kann man Stef-TFE SA nicht vorwerfen, sie hätte die Kontrolle über die SGF SA übernehmen wollen.
- Unser Verwaltungsrat hält fest, dass Stef-TFE SA nach Grenzwertüberschreitung niemals versuchte, der SGF SA ihre Ansichten in der Geschäftsführung und in der Ausarbeitung seiner Strategie aufzuzwingen. Stef-TFE SA hat während dieser Zeit auch nicht verlangt seine Präsenz im Verwaltungsrat zu verstärken.
- Wir halten dagegen fest, dass nach einem Gesuch der Minderheitsaktionäre, Herr Thierry de Boccard, der in keiner Verbindung zur Stef-TFE SA steht, vor kurzem in den Verwaltungsrat der SGF SA gewählt wurde.
- Die SGF-Aktionärsstruktur beruhte immer schon auf drei verschiedenen Aktionärszirkeln. Diese Struktur hat sich bewährt und wird von unserem Verwaltungsrat als die für die Interessen der Gesellschaft und ihrer Aktionäre günstigste Struktur erachtet.
- Wir sind der Meinung, dass SGF SA mit der Unterbreitung eines öffentlichen Kaufangebotes durch Stef-TFE SA, seine Unabhängigkeit und seine regionalen Charakter verloren gehen würde.

II. EVENTUELLE INTERESSENSKONFLIKTE

Der Verwaltungsrat der SGF SA setzt sich aus den Herren Michel Christe (Präsident), Roland Cramer (Vizepräsident), Christian Guilbert, Antoine de Raemy, Bruno Duquenne und Thierry de Boccard zusammen.

Herr Bruno Duquenne vertritt die Interessen der Stef-TFE SA in unserem Verwaltungsrat. Die übrigen Verwaltungsräte üben ihr Mandat selbstständig aus, wobei festgehalten wird, dass Christian Guilbert Mitglied des Verwaltungsrats der Stef-TFE SA ist.

Im vorliegenden Fall ist Herr Duquenne (Mitglied unseres Verwaltungsrats, der die Interessen der Antragstellerin vertritt) sowohl bei den Beratungen als auch beim Beschluss des Verwaltungsrates aufgrund des offensichtlichen Interessenkonfliktes in den Ausstand getreten.

Obwohl er in unserem Verwaltungsrat nicht die Interessen der Stef-TFE vertritt, ist Herr Christian Guilbert bei der Entscheidungsfindung auch in den Ausstand getreten, da er auch im Verwaltungsrat der Antragstellerin sitzt.

Im Weiteren hat der Verwaltungsrat keine Kenntnis über weitere Verbindungen oder Abkommen zwischen seinen Mitgliedern oder den Führungsmitgliedern der Gesellschaft und der Antragstellerin Stef-TFE SA, die zu Interessenkonflikten führen könnten.

Bezüglich der aktuellen Lage teilen alle Verwaltungsräte die derzeit von der SGF SA verfolgte Führungsstrategie.

III. ABSICHTEN DER AKTIONÄRE MIT MEHR ALS 5% STIMMRECHT

Abgesehen von STEF-TFE SA ist die Sofifroid SA in Neuenburg grösste Aktionärin unserer Gesellschaft. Dieses Unternehmen hält 7500 SGF-Namenaktien zum Nennwert von je CHF 20.–, 1227 SGF-Inhaberaktien zum Nennwert von je CHF 20.– und 50 SGF-Inhaberaktien zum Nennwert von je CHF 100.–. Die Gesamtbeteiligung der Sofifroid SA beträgt 29,65% der Stimmrechte in der Gesellschaft.

Nach unserem Wissen besteht kein Abkommen zwischen Stef-TFE SA und Sofifroid SA, namentlich keines: (i) dessen Gegenstand der Erwerb oder der Verkauf der Titel der Gesellschaft SGF SA wäre oder (ii) dessen Gegenstand die Ausübung der Stimmrechte in Verbindung mit den Aktien der SGF SA wäre.

Aufgrund dieser Klarstellungen hat uns der Verwaltungsrat der Sofifroid SA mitgeteilt, dass er dem von Stef-TFE SA gestellten Antrag auf Ausnahme unterstützt.

Der Verwaltungsrat verfügt über keine Informationen, dass andere Aktionäre mehr als 5% der Stimmrechte in der SGF SA besitzen würden.

IV. RECHT AUF EINSPRUCH GEGEN DIE BEFREIUNG

Der Verwaltungsrat macht die Inhaber von Beteiligungspapieren der SGF SA darauf aufmerksam, dass sie gemäss Artikel 34, Abs. 4 BEHV-EBK die Möglichkeit haben, innerhalb einer Frist von zehn Börsentagen nach der Publikation im «Schweizerischen Handelsamtsblatt» betreffend der Gewährung der Befreiung, bei der Bankkommission gegen diesen Entscheid Einsprache erheben können. Die Einsprache ist zu begründen.

Satigny, 9. August 2004

Der Verwaltungsrat der Société de Gares
Frigorifiques et Ports Francs de Genève SA